

Gezielte Entlastung des Mittelstandes

Der Landtag wird kommende Woche über die verstetigte Ausgestaltung der VU-Initiative zur Ausweitung der Prämienverbilligung einschliesslich einer Gleichbehandlung der 20- bis 24-Jährigen beraten. Die Mehrkosten belaufen sich auf 7,8 Mio. Franken.



Günther Fritz
Parteipräsident

Der Landtag wird voraussichtlich am kommenden Mittwoch über die beiden Initiativen der VU-Fraktion und des parteilosen Abgeordneten Johannes Kaiser befinden. Beide Initiativen haben die gleiche Stossrichtung, wobei die Initiative Kaiser kostenmässig weitergeht. Der untere Mittelstand, Alleinerziehende und insbesondere Seniorinnen und Senioren sollen bei der Krankenkassenprämie deutlich entlastet werden.

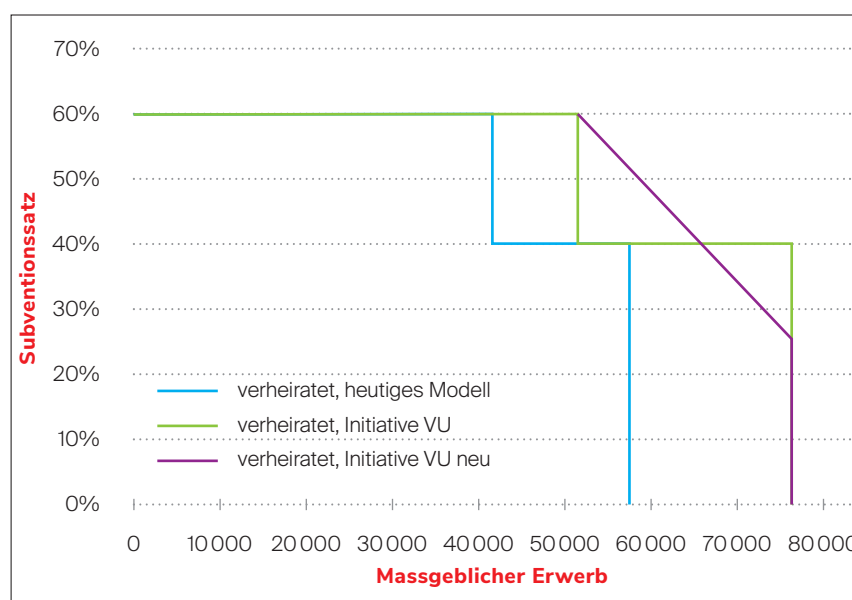
FBP bevorzugt VU-Initiative

Wie die FBP-Fraktion am Freitag in einer Presseaussendung verlauten

liess, habe sie sich erneut intensiv mit den beiden inzwischen überarbeiteten Initiativen befasst und sei zum Schluss gekommen, dass sie der Initiative der VU den Vorrang gebe. Damit stehen die Chancen gut, dass die VU-Initiative umgesetzt werden kann.

Verstetigung verhindert Sprünge

Die nun zur abschliessenden Behandlung vorliegende VU-Initiative unterscheidet sich von der im Mai 2019 eingereichten Initiative in zweierlei Hinsicht. Zum einen haben die Initianten die vielfach geäusserte Anregung aus der ersten Lesung aufgenommen, künftig ungerechte Sprünge bei den Subventionssätzen zu vermeiden und eine entsprechende Verstetigung einzuführen. Zum anderen hat die VU-Fraktion eine Neuordnung bei den 20- bis 24-Jährigen eingebaut, um



Die von der VU vorgeschlagene Verstetigung der Subventionssätze bei Paaren bedeutet, dass bei einem massgeblichen Erwerb bis 49 000 Franken sowohl die Prämie als auch die Kostenbeteiligung mit 60 Prozent subventioniert werden. Bei einem Erwerb über 49 000 bis 77 000 Franken sinken die Prozentsätze linear auf 25 Prozent. Ab einem Erwerb von über 77 000 Franken gibt es keine Subvention mehr.

in dieser Altersklasse keinen Unterschied mehr zwischen Jugendlichen mit gymnasialer Matura plus Studium und dualem Bildungsweg mit Studium zu machen.

Budgeterhöhung notwendig

Das verstetigte VU-Modell wird bei einer angenommenen Nutzungsquote von 54 Prozent Mehrkosten von 7,3 Mio. Franken generieren. Nimmt man die Mehrkosten für eine Gleichstellung aller 20- bis 24-Jährigen in Höhe von rund 0,5 Mio. Franken hinzu, betragen die gesamten Mehrkosten der vorgeschlagenen Ausgestaltung der VU-Initiative 7,8 Mio. Franken. Falls die VU-Initiative durchkommt, wird die VU bei der abschliessenden Budgetdebatte eine Erhöhung der entsprechenden Position von 6,7 auf 14,5 Mio. Franken beantragen. ■

Spitalneubau: Aus erster Hand in Balzers informiert

Die VU-Ortsgruppe Balzers führte einen Informationsabend zum Neubau des Landesspitals durch. Die Referenten erläuterten die Neubaupläne und deren Auswirkungen sowie Konsequenzen nach der Abstimmung am 24. November.

Die Ortsgruppe Balzers konnte mit DDr. Walther Tabarelli und Thomas Tschirky zwei leitende Praktiker aus dem Landesspital als Referenten gewinnen. Dabei ging es der Ortsgruppe nicht primär darum, die Pro- und Kontra-Argumente aufeinander loszulassen, wie es derzeit in den Medien und auf Podien allorts passiert, sondern sich aus erster Hand bei den Betroffenen zu informieren. Denn sie müssen am Ende mit den Konsequenzen der Abstimmung tagtäglich leben und arbeiten.

Der VU-Abgeordnete Manfred Kaufmann ist nach wie vor fest davon überzeugt, dass Liechtenstein ein eigenes zukunftsfähiges Landesspital braucht und empfiehlt ein klares JA zum Neubaukredit. Aus seiner Sicht sprechen folgende Argumente ganz klar dafür:

Klare Pro-Argumente

- Die Liechtensteiner und Liechtensteinerinnen sollen auf ein eigenes Landesspital zählen können, bei welchem alle medizinischen Dienstleistungen im Rahmen des vom Land erteilten Grundversorgungsauftrags angeboten werden.
- Liechtensteinische Patienten sollten sich nach freier Wahl im eigenen Land einer Spitalbehandlung unterziehen können, und die Gelder sollten somit auch nicht ins Ausland abfliessen.
- Das jetzige Gebäude ist im Kern 40-



Der Chefarzt der Chirurgie, DDr. Walther Tabarelli (l.), der Landtagsabgeordnete Manfred Kaufmann (Mitte) und Thomas Tschirky, Leitung Pflege am Liechtensteinischen Landesspital, erläuterten den Anwesenden, um was es am 24. November bei der Abstimmung geht und worum nicht.



Foto: pd

jährig und verursacht hohe Kosten für den Unterhalt und die Instandhaltung.

- Das Spital bezieht, wie andere Spitäler in der Schweiz, Beiträge zur Sicherstellung von sogenannten «Vorhalteleistungen» in Form von gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Für unsere Spitalversorgung ist die finanzielle Unterstützung im Rahmen von 5 bis 6 Mio. für diese gemeinwirtschaftlichen Leistungen vertretbar. Mit dieser Unterstützung kann das Landesspital wirtschaftlich betrieben werden.
- Das Landesspital hat einen grossen volkswirtschaftlichen Nutzen als Arbeitgeber von 170 Personen und als

Auftraggeber der inländischen Wirtschaft.

- Mit einem modernen und zeitgerechten eigenen Spitalbau erhalten wir uns die Verhandlungsbasis für weitere Kooperationen auf Augenhöhe. Mit einem 40-jährigen Gebäude, das nicht mehr zeitgemässen Standards entspricht, fällt diese Verhandlungsposition weg.
- Wir sollten die Handlungsfähigkeit bewahren und uns nicht mehr als unbedingt nötig von Entscheidungen im Ausland abhängig machen. Diese Entscheidungen können stark zu unseren Ungunsten ausfallen.

Es ist keine medizinische Frage, ob wir ein eigenes und auch in baulicher Qualität einwandfreies Spital wollen, sondern eine Frage der nationalen Souveränität und der zukünftigen Handlungsfreiheit.

Das Neubauprojekt ist für 2100 Fälle plus 200 Reserve pro Jahr ausgelegt. Dieses Jahr hat das Spital bereits zwischen 2000 und 2100 Fälle erreicht.

Das Landesspital ist aktuell auf 40 Betten ausgelegt. Für den Neubau sind 43 Betten vorgesehen. Es wird keine spürbare Kapazitätserweiterung geben.

Knapp 4 Mio. Franken fliessen für

Geburten ins Ausland. Sofern alle Voraussetzungen gegeben sind und der Bedarf tatsächlich vorhanden ist, soll es zur Realisation der neuen Geburtsabteilung kommen.

Ein NEIN bedeutet einen infrastrukturellen Stillstand für das Landesspital für die nächsten Jahre. Dann wird das Gebäude aber bereits gegen 50 Jahre alt sein.

Wenn man für ein eigenes, modernes, konkurrenz- und kooperationsfähiges Landesspital ist, bei welchem viele attraktive Arbeits- und Ausbildungsplätze angeboten werden, so sollte man klar mit einem JA abstimmen.